Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. Ausgabe 07/ Juni 2025

Vorgestellt:

Melissa Liebscher, ein Neumitglied aus Bantikow

Melissa, besser bekannt als Meli, ist 27 Jahre alt. Anfang des Jahres hat sie sich gemeinsam mit ihrem Mann entschieden, der Linken beizutreten. *„Ausschlaggebend“*, so sagt sie heute, *„waren vor allem die gesellschaftliche Situation, das Erstarken der AfD, die soziale Schieflage und auch das Agieren der Linken. Wir wollten nicht mehr am Rand stehen, sondern uns engagieren“*, sagt die Pferdewirtin, die voller Leidenschaft auf der Banti-Cow-Ranch arbeitet. Und da der Weg zur Linken auch online möglich ist, war es kein Hindernis, dass sie vor Ort niemand von der Partei kannte. Das änderte sich nach dem Eintritt ganz schnell, denn die Genoss:innen vor Ort hießen sie und ihren Mann ziemlich schnell willkommen.

In ihrer Jugend ist Meli im Spreewald, ihrer Heimatregion, immer wieder auf Neonazis gestoßen, die überall ihr Unwesen trieben. Vor oder sogar in den Schulen, in Jugendklubs und überall dort, wo sich junge Menschen trafen. Sie boten Gemeinschaft, Lagerfeuer, Alkohol und einfache, meist menschenverachtende Antworten. Viele ihrer Schulkameraden fielen auf diese Leute rein, denn sie boten Geselligkeit und Anerkennung. Meli engagierte sich unterdessen bei den jungen Humanisten. Heute ist sie froh darüber, dass diese Organisation ihr auch Einblicke in die deutsche Vergangenheit ermöglichte. Sie besuchten Gedenkstätten, die über das schreckliche Leid der Menschen Aufschluss geben, die von den Nazis zusammengepfercht, gefoltert und tausendfach ermordet wurden. *„Das darf es nie wieder geben“*, sagt Meli, *„wir dürfen nie wieder wegschauen, wenn Menschen diffamiert, erniedrigt und verfolgt werden, wenn es gegen die Schwächsten der Gesellschaft geht.“*

Sie würde gern etwas für Kinder und Jugendliche tun, gemeinsam mit Gleichgesinnten in den Dörfern schauen, was es für Freizeitangebote gibt und Räume schaffen, für junge Leute. *„Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich treffen und etwas sinnvolles tun können. Das dürfen wir nicht den Nazis überlassen“*, ist Meli überzeugt.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Quo vadis, SPD?

Die Hoffnungsträgerin der Brandenburger SPD, Innenministerin Katrin Lange, ist nach nur 5 Monaten im Amt zurückgetreten.

Sie hat *„den Hass und die persönlichen Anfeindungen auch aus den eigenen Reihen“* nicht mehr ertragen wollen. Schließlich hatte sie doch nur den Verfassungsschutzchef entlassen, weil er sie über die Höherstufung der brandenburgischen AfD als gesichert rechtsextrem nicht rechtzeitig informiert hatte. Mit der Welle der Empörung aus der Zivilgesellschaft hatte Lange nicht gerechnet. Und schon gar nicht mit der Reaktion ihrer eigenen Genoss:innen. So etwas hatte es in der SPD in Brandenburg noch nie gegeben. Nicht einmal dem Landesvorsitzenden, der bis zuletzt uneingeschränkt zu Katrin Lange hielt, folgten die Basis und gewichtige Teile der Landtagsfraktion. Der Vorhalt, die Innenministerin sei auf dem rechten Auge blind, wog zu schwer.

Nun soll es René Wilke richten. Der, nachdem er sich von den Linken getrennt hatte, parteilose Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), wegen seiner Kompetenz und Gradlinigkeit über Parteigrenzen hinweg anerkannt, wurde am 22. Mai 2025 zum Innenminister berufen. Auch das ist ein Indiz dafür, dass die einst so machtbesessene SPD aus der Spur geraten ist. Nun ist es an Wilke zu beweisen, dass er auch ohne SPD-Parteibuch das mächtige Innenressort im Interesse der Brandenburger:innen führen kann.

■■ *Gerlinde Krahnert*

In eigener Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,
heute halten Sie die erste gemeinsame Zeitung der Linken Kreisverbände Ostprignitz-Ruppin und Prignitz in den Händen. Mit der „Märkischen Linken“ wollen wir Sie über die Themen, Standpunkte und Erfahrungen der Linken informieren. Ob kommunal-, landes- oder bundespolitisch, wir wollen Sie aus erster Hand informieren und gern auch Ihre Meinung erfahren.
Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge, Hinweise und Kritiken. Schreiben Sie uns auch Ihre thematischen Wünsche an die im Impressum benannten Geschäftsstellen.

Mit freundlichen Grüßen,
***Ronny Kretschmer**, Kreisvors. der Linken OPR und **Thomas Domres**, Kreisvors. der Linken Prignitz*

Bundesparteitag: **Die Hoffnung organisieren**

Man mag darüber streiten, ob man Hoffnung organisieren kann. Die Botschaft dieses Arbeitsauftrags ist klar: wenn soziale Kälte und heiße Kriegsgefahr wachsen, braucht es umso dringender die Linke als politische Kraft, die Probleme kennt, Ursachen klar benennt, engagiert für Lösungen kämpft und die Profitierenden des falschen Systems in Verantwortung nimmt. Nur so kann Hoffnung entstehen. Das ist gleichzeitig auch Auftrag an die Linke selbst, sich weiterzuentwickeln, wie im Leitantrag beschrieben. Das gilt für ihre Verankerung in der Gesellschaft, die Stärkung ihrer Durchsetzungskraft, ihre thematische Fokussierung, und sie muss für ihre Utopie einer besseren Gesellschaft begeistern. Der Parteitag hat sich darüber hinaus auch aktuell positioniert: gegen die Wehrpflicht, gegen Kriegstüchtigkeit, gegen Polizeigewalt, für einen sozial-ökologischen Umbau, gegen drohende Atomtransporte, für die Anerkennung der jenischen Minderheit.

In einem Dringlichkeitsantrag fordert die Linke die Durchsetzung des Völkerrechts in Gaza und sie stellt sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Unterdrückung überall auf der Welt. Leider hat ein weiterer Antrag zu Gaza mit knapper Mehrheit die beim Parteitag in Halle beschlossene wichtige Debatte zur Definition des Antisemitismus ohne Not für beendet erklärt, die aufgrund des Bundestagswahlkampf noch gar nicht geführt werden konnte, was den Initiator:innen wohl entgangen ist oder egal war – wie auch der politische Schaden.

■■ *Kirsten Tackmann*

Am 2. Mai stufte der Verfassungsschutz die AfD als Gesamtpartei als gesichert rechtsextrem ein.

Demokratie verteidigen
Die Linke: AfD-Verbotsverfahren jetzt!

„Schon seit längerem macht die Partei keinen Hehl mehr aus ihrer Absicht, die Demokratie abzuschaffen, tritt aggressiv und kampfbereit auf“, kommentiert Sebastian Walter, Landesvorsitzender der Brandenburger Linken.

Der Brandenburger Landesverband gehöre innerhalb der AfD zu den aggressivsten, erklärt Walter weiter.

„Wir fordern die Brandenburgische Landesregierung auf, im Bundesrat die unverzügliche Einleitung eines Verbotsverfahrens zu beantragen. Wir alle haben die Pflicht, die Demokratie zu verteidigen. Konkret heißt das: wir brauchen das AfD-Verbot jetzt und die konsequente Zerschlagung rechtsextremer und demokratiefeindlicher Strukturen!“

Alle, die für eine Normalisierung der AfD werben, stärken damit Rechtsextreme und gefährden die Demokratie.

„Ich war früher immer gegen ein Verbotsverfahren, weil man mit einem Verbot natürlich nicht die Ideologie aus den Köpfen herausbekommt“, erklärt Jan van Aken, Parteivorsitzender der Linken.

„Aber wenn wir uns nun anschauen, wie offen die AfD die Demokratie abschaffen möchte, sollten wir ihr nicht unsere schärfste Waffe – die Demokratie – an die Hand geben.“ Gleichzeitig müsse die AfD politisch bekämpft werden, indem die Probleme der Menschen endlich ernst genommen und ihnen Zuversicht gegeben werde. *„Der Rechtsruck ist kein Zufall – er wurde über Jahre hinweg durch soziale Kürzungen und eine Politik, die sich an den Interessen der Reichen und Mächtigen orientiert, politisch genährt“*, so van Aken.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Kurz & knapp

Am 22. Mai protestierten tausende Lehrkräfte, Schüler:innen und Eltern in Potsdam gegen die Bildungspolitik der SPD-BSW-Landesregierung. Die Linke unterstützte den Protest. Der Landesvorsitzende erklärte: *„Einsparungen, Mehrarbeit, unbesetzte Stellen - so sieht unzuverlässige Bildungspolitik auf Kosten der Schüler:innen aus. Wir brauchen statt, dessen mehr Qualität und mehr Personal in den Schulen.“*

Neustart für das Pflegesystem
Die Linke Brandenburg: Pflege menschenwürdig und zukunftsfest organisieren.

Am 12. Mai war der Tag der Pflege. Übrigens deshalb, weil am 12. Mai 1820 Florence Nightingale geboren wurde, die als Begründerin der modernen Krankenpflege gilt.

Die Linke will mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf die Arbeit von Pflegekräften und pflegenden Angehörigen richten.
„Doch mit Ehrentagen und lobenden Worten ist es nicht getan. Für unser Pflegesystem ist es längst fünf nach zwölf!“, sagt Katharina Slanina, Landesvorsitzende der Brandenburger Linken.
Der Fachkräftemangel wachse von Woche zu Woche und damit verschlechtern sich auch die Arbeitsbedingungen für diejenigen, die den Beruf ausüben, so Slanina weiter. Und die mangelnde Anerkennung der Leistungen und die fehlende soziale Absicherung pflegender Angehöriger trage nicht zur Entlastung bei. *„Unser Pflegesystem braucht einen radikalen Neustart: familienfreundliche Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung. Eine Personal-Mindestausstattung, die gesundheitsgefährdende Überlastungen wirksam verhindert. Eine solidarische Pflege-Vollversicherung, in die alle einzahlen – auch Abgeordnete, Beamte und Selbstständige. Nur so können wir ein Pflegesystem finanzieren, bei dem wieder die Menschlichkeit im Zentrum steht und nicht der Profit!“*

Übrigens:
In Österreich wurde von der amtierenden sozialdemokratischen Partei (SPÖ) im Burgenland ein staatlich finanziertes Pilotprojekt ins Leben gerufen, bei dem pflegende Angehörige für ihre Arbeit öffentlich angestellt, entlohnt und sozialversicherungspflichtig werden können. Sie erhalten einen Pflegelohn auf Mindestlohnniveau. Es gibt regelmäßig Supervision und

begleitende Fortbildung, die zu einem Zertifikat führen. Für die Finanzierung des Pflegelohns wird ein gestaffelter Teil der Rente und des Pflegegeldes einbehalten und durch einen staatlichen Förderbeitrag aufgestockt.
Außerdem gibt es fachliche Unterstützung und die Isolation der Pflegenden wird aufgebrochen. Damit werden sicher nicht alle Probleme gelöst, resümiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die die Kurzstudie veröffentlicht hat, aber es könnte ein Baustein der nötigen Pflegereform sein. Mehr Infos: **www.rosalux.de/publikationen**

■■ *Gerlinde Krahnert*

Ehrenamt mit Herz:
Gesundheitsbuddys in Brandenburg

„Gesundheitsbuddy“, ein sperriges Wort, welches im Kleeblatt inzwischen bekannt ist. In der Gemeinde Wusterhausen/Dosse und in den Ämtern Neustadt (Dosse) und Gumtow sind diese in Vereinen tätig. Die ersten Gesundheitsbuddys wurden 2015 in Brandenburg ausgebildet. Heute gibt es sie von Ludwigsfelde bis Wittenberge. Zur Zeit läuft ein Ausbildungskurs in Gumtow. „Gesundheitsbuddy“ sind ehrenamtliche Alltagsbegleiter für Senioren:innen beziehungsweise pflegebedürftige Menschen. Um dies sein zu können, absolvieren die Ehrenamtlichen eine 50-stündige Ausbildung. Die meisten sind 60 bis 75 Jahre alt und engagieren sich mit dem Ziel für Menschen im höheren Alter die Mobilität zu erhalten und zu verbessern. Angehörige erfahren Entlastung. Der soziale Austausch wird gestärkt. Nach Vereinbarung trifft man sich ein- bis zweimal pro Woche. Ein Hausbesuch dauert eine Stunde und kostet 13,00 €. Die Pflegekassen übernehmen unter bestimmten Bedingungen die Kosten. Im Land Brandenburg wird dieses Engagement honoriert. Über Fördermittel aus dem Pakt für Pflege können Weiterbildungen und vieles mehr für die Buddys finanziert werden. Die Netzwerktreffen mit dem Landkreis dienen dem Austausch und der Unterstützung der Arbeit. Wer jetzt neugierig ist und mehr wissen möchte, egal ob vielleicht als zukünftiger Buddy oder als Nutzer:in, kann sich gern bei uns melden. Kontaktdaten stehen auf der Internetseite der Gemeinde Wusterhausen:

www.wusterhausen.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=236009

■■ *Petra Buschke*

Die Zukunft des RB 73/74 und die Bedeutung eines zuverlässigen Nahverkehrs im ländlichen Raum

Das Hin und Her mit der Zugverbindung RB 73/74 muss aufhören. Wir brauchen Sicherheit für unseren Regionalverkehr und bessere Verbindungen.

Ende April kam die Schockmeldung: Der RB 73/74 steht vor dem Aus. Eine Nachbestellung der Linie ist ungewiss. 10 Tage später die Kehrtwende: Ina Bartmann, Staatssekretärin für Infrastruktur, bezieht Stellung und versichert: Die Strecke bleibt, spricht sich sogar für einen Ausbau aus. Da fragt man sich doch: Was denn nun? Warum werden Strecken des öffentlichen Nahverkehrs immer wieder in Frage gestellt?
Die Linke fordert einen verlässlichen Nahverkehr, damit kein Mensch, der darauf angewiesen ist, um seine Strecke bangen muss. Schluss mit der Fokussierung im ÖPNV auf Berlin und Hamburg. Das Ergebnis dieser Priorisierung sind lange Wartezeiten, zum Beispiel für alle, die vom RB73 in den RE8 Richtung Wittenberge umsteigen müssen. In Neustadt angekommen muss man dann circa eine Stunde warten, weil der Anschlusszug planmäßig bereits vor wenigen Minuten abgefahren ist.
Die Linke setzt sich auch für einen Ausbau der Nord-Süd-Achse zwischen Neustadt bzw Güstrow und Rostock ein. Das Potenzial dieser Strecke ist bereits im März 2023 von Expert:innen einstimmig bestätigt worden. Durch eine zweite Schienenverkehrsachse zwischen Berlin und Rostock könnte man von Kyritz, Wusterhausen/Dosse, Pritzwalk und Meyenburg, von Plau und Krakow am See in Richtung Berlin, Rostock und Hamburg pendeln. Ein Plus für Region und Klima!
■■ *Julia Köppe*

Nur Hetze, keine Antworten auf die Fragen der Zeit - **„Abschiebehysterie“ schadet Brandenburger Unternehmen.**

„Schluss mit der Abschiebe-Hysterie – Deutschland braucht eine entschlossene Willkommenskultur“, so die Überschrift über dem wenig beachteten Forderungskatalog des Unternehmerverbandes Berlin-Brandenburg (UVBB) im Februar diesen Jahres. Medien und Politik seien dominiert von einem *„Überbietungswettbewerb, wer die härtesten Abschieberegeln durchsetzen kann“*, beklagt der Unternehmerverband. Das schade der Lösung des größten Problems der Unternehmen in Brandenburg: dem Mangel an Arbeitskräften. Der Verband fordert kürzere Wartezeiten auf Arbeitserlaubnisse im Asylverfahren, Aufenthaltstitel nach einem Jahr für Arbeitssuchende, Abschiebestopp für Asylbewerber mit Jobaussicht, schnelle Visaverfahren und Berufsanerkennungen.
„Wir müssen die Willkommenskultur nicht nur in unseren Gesetzen verankern, sondern vor allem in unserer Haltung gegenüber denjenigen, die unsere Zukunft mitgestalten wollen.“ Der Mittelstand sei sonst existenziell gefährdet.
Genau entgegengesetzt dazu fordert die AfD die *„Umorientierung von einer Willkommens- zu einer Abschiebekultur“*. Das Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) hat für eine kürzlich erschienene Studie über die Brandenburger AfD deren Kommunalprogramme gesichtet und ein sehr uneinheitliches Bild gefunden, bis auf diesen einen Punkt. Und genau da hat sich die CDU der AfD erschreckend angenähert. Nicht zufällig nennt der Unternehmerverband seine Forderungen einen *„Fünf-Punkte-Plan für eine echte Willkommenskultur in Deutschland“*, sozusagen als Entgegnung zum Fünf-Punkte-Abschottungs-Plan des Friedrich Merz.

Warum Perleberg ein Mehrwegsystem für Veranstaltungen und Konzerte braucht

Perleberg ist stolz auf seine lebendige Kultur- und Sportszene: Konzerte, Stadtfeste, Sportveranstaltungen und Märkte bringen Menschen zusammen und schaffen Gemeinschaft. Doch mit jedem Event entsteht auch eine Menge Müll – vor allem durch Einwegbecher und -geschirr. Ein Mehrwegsystem könnte das ändern und die Stadt nachhaltiger machen.
Bei Veranstaltungen landen oft tausende Einwegbecher im Müll. Diese sind meist aus Kunststoff und werden nur wenige Minuten genutzt – mit langfristigen Folgen für die Umwelt. Ein Mehrwegsystem, bei dem Becher und Geschirr nach Gebrauch gereinigt und wiederverwendet werden, reduziert nicht nur den Abfall, sondern auch die CO_2-Bilanz solcher Events deutlich.
Andere Städte machen es bereits vor: Sie setzen auf einheitliche, standardisierte Mehrwegbecher, die bei vielen Veranstaltungen im Umlauf sind. Auch in Perleberg wäre das möglich – durch die Zusammenarbeit von Stadt, Veranstaltern und Gastronomie. Besucher:innen würden durch ein Pfandsystem motiviert, Becher zurückzugeben. Das ist einfach, praktikabel und längst erprobt.
Ein Mehrwegsystem stärkt zudem das nachhaltige Image Perlebergs. Es zeigt: Unsere Stadt denkt an morgen und übernimmt Verantwortung. Sauberere Plätze, weniger Müll und ein gutes Gefühl bei Veranstaltungsbesucher:innen– all das spricht für eine Umstellung. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diesen Schritt gemeinsam zu gehen.
Die Linke hat in die Stadtverordnetenversammlung Perleberg einen Antrag eingebracht, die Einführung eines Mehrwegsystems zu prüfen.
■■ *Thomas Domres*

Das geht uns alle an!

Die Bezahlkarte für Asylsuchende ist ein autoritärer Angriff auf den Sozialstaat und auf das Gleichheitsversprechen im Grundgesetz.

Stell dir vor, du bist auf Sozialhilfe angewiesen. Du bist im Asylverfahren und bekommst deshalb 20 % weniger als andere und darfst nicht arbeiten. Statt Bargeld kriegst du eine spezielle Karte ohne dazugehöriges Konto. Ein begrenzter Betrag wird in bar ausgezahlt (z.Zt. 50 € / Kinder 25 €). Das Restguthaben kannst du nur da ausgeben, wo es ein Lesegerät für diese spezielle Karte gibt. Über Kleinanzeigen und Flohmärkte an gebrauchte Sachen kommen, geht nicht. Klassenfahrten, Rechtsbeistand, eine Busfahrt bezahlen, geht nicht. Nichts geht, wo es kein Spezialgerät für diese Karte gibt. Überweisungen sind nur durchs Amt möglich. Die Verwaltung kann die Karte einsehen, sie kann die Geltung auf bestimmte Handelsketten beschränken oder auf ein Postleitzahlengebiet begrenzen; sie kann die Karte ganz sperren. All das ist mit diesem System möglich. Jurist:innen warnen vor massiven Grundrechts- und Datenschutzverletzungen. Die Begründung für die Einführung überzeugt nicht, hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem Gutachten festgestellt.

Es geht also nicht um die Verhinderung fragwürdiger Geldtransfers. Es geht um Ausgrenzung und Diskriminierung. Und die lässt sich der Staat etwas kosten - bundesweit geschätzte 68 Millionen Euro im Jahr für das Kartensystem.

In den Kommunen entsteht zudem ein großer bürokratischer Mehraufwand. Den Wahnsinn Bezahlkarte haben in Nordrhein-Westfalen 60 Kommunen abgelehnt. In Brandenburg lehnte nur Potsdam die Einführung ab.

Die Linke ruft zusammen mit vielen Brandenburger Initiativen zu Tauschaktionen auf.

Wenn du die Einführung der Bezahlkarte genauso skandalös findest, wie wir, kannst du etwas sehr wirksames dagegen tun.
Tausche 50 Euro Bargeld gegen einen Gutschein im Wert von 50 Euro, mit dem du dann bei den üblichen Ladenketten einkaufen kannst.
Melde dich bei prignitz-tauscht@gmx.de

Klares Signal für Vielfalt und Verantwortung: **Der Jugendhilfeausschuss Prignitz wählt neuen Vorsitz**

Gemäß des üblichen Verfahrens stand der Vorsitz der **AfD** zu. Doch der AfD-Kandidat **Christopher Tamm** erwies sich als untragbar. Auf seinem Instagram-Kanal greift das ehemalige Mitglied der extrem rechten Jungen Alternative politische Gegner:innen persönlich an, stellt sich als Sprecher der Jugend der Neuen Rechten dar, als Kämpfer gegen Diversität und Verfechter einer als „Remigration" bezeichneten Deportationspolitik. Wie soll er die Leitung eines Gremiums übernehmen, das sich für die Belange **aller** Kinder und Jugendlichen, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung, einsetzt? Trotz mehrfacher Aufforderung benannte die AfD-Fraktion keinen gemäßigteren Kandidaten. Alle bisherigen Sitzungen endeten deshalb ohne Wahl des Vorsitzes.

Um das Verfahren nicht zu untergraben, einigten sich die demokratischen Parteien darauf, nicht für den Vorsitz zu kandidieren. Laut Kommunalrecht und den Regularien des Landkreises wird der Vorsitz eines beschließenden Ausschusses aber „**aus seiner Mitte**" gewählt. Dies schließt die stimmberechtigten Ausschuss-Mitglieder von freien Trägern der Jugendhilfe ein, die nicht parteipolitisch gebunden sind. In der Sitzung vom **19. Mai 2025** stellte sich schließlich Konstantin Bernitzki, Vertreter des **SOS-Kinderdorfs Prignitz**, zur Wahl und wurde mit **großer Mehrheit** gewählt.

Wir als Fraktion **Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen** werten diese Wahl als ein starkes und wichtiges Zeichen für demokratische Verantwortung, für die Achtung aller Lebensrealitäten und für eine offene, solidarische Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Prignitz. Wir danken den freien Trägern, die sich in dieser Frage klar positioniert haben. Unsere Glückwünsche und volle Unterstützung gelten Herrn Bernitzki für seine neue Aufgabe.

■■ *Benjamin Fechner, Kreistagsabgeordneter und Ausschussmitglied der Fraktion Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen vertritt für die Linke die Interessen einer solidarischen und inklusiven Jugendpolitik.*

Der 8. Mai 2025: 80. Jahrestag der Befreiung

Gedenken in Wittenberge

Am 8. Mai 2025 jährte sich zum 80. Mal nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

Der 8. Mai war der Tag der Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Befreit wurden nicht nur die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus, sondern auch Deutschland von einem verbrecherischen Regime, das einen Weltkrieg entfesselte, Europa in Trümmer legte und die industrielle Vernichtung von Millionen Menschen betrieb.

Besonderes Gedenken gebührt der jüdischen Opfer des Holocaust. In Ostprignitz-Ruppin und in der Prignitz fanden an zahlreichen Gedenkorten Kranzniederlegungen statt.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Wittstock. „Wir tragen Verantwortung für unser Handeln“

Unter den Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung in Wittstock waren Schüler:innen der beiden weiterführenden Schulen der Stadt. Eine der Redner:innen war die 15jährige Maja Hoffmann. Sie sprach von Schuld und Verantwortung, vom Zuhören, Erinnern und Handeln. „Es ist keine Schuld, die wir tragen, aber es ist Verantwortung. Und diese Verantwortung hält jeder von uns in seinen Händen. Unsere Eltern, unsere Großeltern, eigentlich jede erwachsene Person in unserem Umfeld hat die Verantwortung, uns jungen Menschen zu zeigen, wann wir wie handeln müssen und welche Entscheidungen richtig oder falsch sind. Denn jede Entscheidung, die wir treffen, hat bestimmte Folgen. Und wir als jüngere Generation tragen die Verantwortung für unsere Zukunft. Dafür, dass jeder Mensch auch als Mensch angesehen wird. Dafür, dass wir niemanden mehr in Rassen einteilen. Dafür, dass niemandem das Leben genommen wird. Dafür, dass wir friedlich miteinander leben, auch wenn wir alle unterschiedliche Meinungen haben.

Und gerade deswegen sollten wir anfangen hinzuhören, nachzufragen und uns zu erinnern. Nicht, weil wir in der Vergangenheit leben, sondern weil wir ihr etwas schulden.

Es reicht nicht, nur Blumen niederzulegen. Es reicht nicht, nur Worte zu sagen, egal wie viele es sind. Es braucht Taten gegen das Vergessen, gegen das Verharmlosen, gegen das erneute Wegsehen. Denn Frieden ist nichts, was einfach bleibt. Frieden ist etwas, das wir jeden Tag verteidigen müssen. In unseren Herzen, in unseren Erinnerungen, in unseren Entscheidungen und in unserem Zusammenleben.“ Am Nachmittag desselben Tages veranstaltete das Bündnis „Wittstock bekennt Farbe“ eine Lesung auf dem Wittstocker Marktplatz, die an die Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 erinnerte. Auch hier waren

zahlreiche Jugendliche dabei. Die Tatsache, dass unsere junge Generation sich so aktiv bei diesen geschichtsträchtigen Veranstaltungen einbringt, macht mir Mut und gibt Hoffnung für das zukünftige Miteinander in dieser unsicheren Zeit.

■■ *Angelika Noack*

Kyritz. Aus der Vergangenheit lernen

Auch in Kyritz hat das NS-Regime tiefe Wunden hinterlassen.

Bereits kurz nach der Machtübernahme 1933 wurden jüdische Bürger:innen Opfer antisemitischer Gewalt. 1938 wurde der jüdische Friedhof zerstört. 1945 starben 48 jüdische Häftlinge bei einem Luftangriff nahe Kyritz – sie waren auf einem Todesmarsch aus dem KZ Bergen-Belsen.

Doch auch Zeichen der Menschlichkeit gab es: Der jüdische Anwalt Theodor Steigerwald und seine Frau wurden ab 1942 von einer Kyritzer Familie versteckt – er wurde nach Kriegsende sogar Polizeipräsident der Ostprignitz.

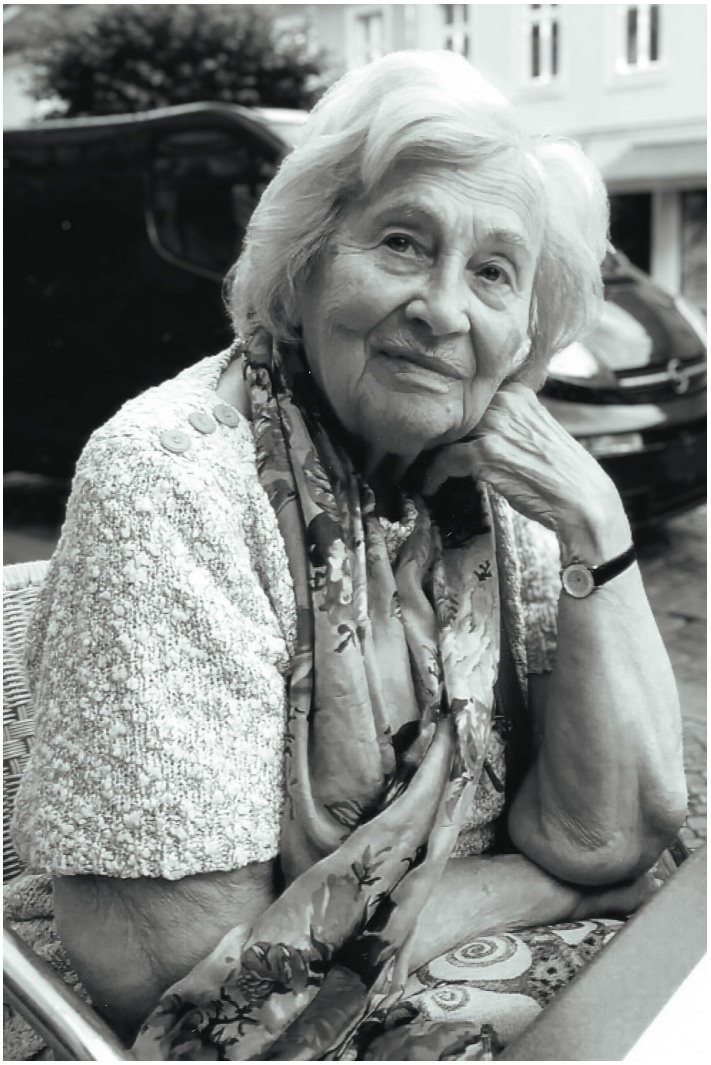
Und in den letzten Kriegstagen, in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945, zeigten Bürger wie Superintendent Fritz Leutke und Erich Friede Mut und Weitsicht. Sie hissten die weiße Fahne auf dem Rathausturm – und retteten Kyritz vor der Zerstörung. Die Stadt wurde kampflos der Roten Armee übergeben.

■■ *Holger Kippenhahn*

Ein Nachruf.

Gisela Heller ist tot. Sie starb bereits am 3. März 2025 in Potsdam.

von Elfi Minke und Ursula Fink



Gisela Heller am 1.9.2020 in Neuruppin, Café Huth
Foto: Ursula Fink

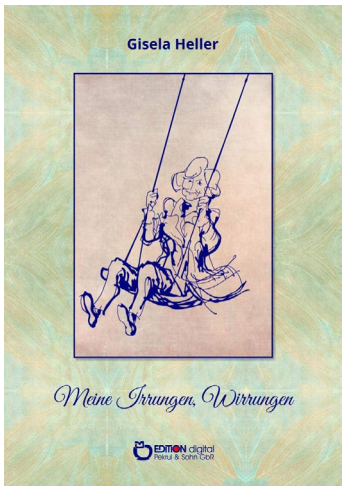
Neuruppin als Stadt der Bilderbögen ist den meisten Menschen unserer Gegend ein Begriff. Aber kennen sie auch das Buch „Märkischer Bilderbogen“?

Gisela Heller wurde 1929 in Breslau geboren. Nach der Flucht aus der Heimat lernte sie zunächst Buchhändlerin in Leipzig, bevor sie beim Rundfunk arbeitete und eigene Texte veröffentlichte. Als Journalistin und Schriftstellerin reiste sie 1972 und 1974 auf den Spuren Fontanes durch die Mark Brandenburg vom Spreewald bis zum Stechlin. So entstand ihr „Märkischer Bilderbogen“, in dem natürlich auch Neuruppin, Fehrbellin und Wustrau eine Rolle spielen.
Das Leben so darzustellen, wie es wirklich ist, war ihr wichtig. Sie verband geschickt Fontanes Erzählungen mit der Realität vor inzwischen 50 Jahren, … auch schon Geschichte. Das beweisen all ihre Bücher, die von Persönlichkeiten und deren Leben in der Vergangenheit berichten. Besonders lesenswert ist ihre biografische Erzählung „Geliebter Herzensmann“ über Emilie Fontane.

Als Gisela Heller damals das Zietenschloss in Wustrau besuchte, war es noch die Schule für ca. 500 Kinder, die dort bis zur 10. Klasse lernten, und sie traf auf die junge Deutschlehrerin Ursula Fink. Diese half ihr, im Ort und in der Umgebung Kontakte zu Einrichtungen und Personen herzustellen. Das war der Beginn einer langen Freundschaft.
Das Schicksal wollte es, dass sich beide Frauen 2011 bei einem Sommerkonzert in der Wustrauer Kirche wiedersahen und seitdem in regem Briefwechsel standen.
2020 kam es zwischen Gisela Heller und Ursula Fink zu einer erneuten Begegnung in Neuruppin, denn die Schriftstellerin brachte mit einer Freundin etliche Exemplare ihres biografischen Werkes „Meine Irrungen, Wirrungen“ in die Buchhandlung zum Verkauf. In diesem Buch mit über 700 Seiten schildert die Schriftstellerin auf sehr unterhaltsame Weise ihr langes, facettenreiches Leben, das nun zu Ende gegangen ist.

Halten wir das Andenken an diese bemerkenswerte Frau und ihre fleißige Arbeit in Ehren.

Der Märkische Bilderbogen, Gisela Heller (1976)



„Meine Irrungen, Wirrungen“, Gisela Heller (2020)

Neuruppiner öffnen ihre Höfe

Unter dem Motto „Welten verbinden“ konnten Interessierte am 17. Mai wieder einen Blick hinter sonst verschlossene Tore der Neuruppiner Innenstadt werfen.

12 Höfe boten diesmal ein kleines Programm, darunter auch Die Linke mit ihrem Hof in der Schinkelstraße 13. Zwei besondere Highlights erwarteten diesmal die Besucher. Einmal die Künstlerin Annett Glöckner, die unter dem Motto „Kunst machen“ Kinder wie Erwachsene zum Mitmachen animierte. Zum zweiten mexikanische Folklore mit dem Gitarristen Irving Sanchez, der mit seiner Stimme und Musik die Menschen zum Verweilen und Entspannen einlud. Kaffee, Kuchen und Getränke trugen ebenfalls dazu bei, dass der Hof nicht leer wurde. Auch kurze Regenschauer konnten die Stimmung nicht trüben – es gab ja auch noch eine kleine Ausstellung mit Arbeiten von Marianne Kühn-Berger in den Räumen der Geschäftsstelle, die ebenfalls sehr gut angenommen wurde.

■■ *Jürgen Schubert*

Kunst auf Wahlplakaten:
Eine kreative Lösung für weniger Müll

Aus Wahlplakaten werden Kunstwerke, so geht Nachnutzung

In Wahlkampfzeiten prägen Plakate das Straßenbild. Doch was passiert mit diesen Plakaten, nachdem die Wahl vorbei ist? Die meisten landen im Müll. Eine kreative Lösung für dieses Problem bietet das Upcycling von gebrauchten Wahlplakaten als Malgründe.

Die sogenannten „Easyplates“ können nach dem Abhängen nach der Wahl als wiederverwendbare „Leinwände“ dienen. Künstler:innen und kreative Köpfe können auf diesen Plakaten ihre Werke schaffen und somit nicht nur Müll sparen, sondern auch einzigartige Kunstwerke hervorbringen.

Die Künstlerin Jeanette Heene aus Goldbeck freut sich immer über neue Wahlplakate, um sie beispielsweise im Kunstunterricht zu nutzen.

*„Auch viele Kolleg*innen fragen schon nach Nachschub.“* sagt sie.

Auch das Goldbecker Burgtheater nutzt die Wahlplakate. Für die Aufführung des Stückes *„Die Meistersinger von Goldbeck“* fertigte Agnes Domke aus Berlin daraus Requisiten. *„Indem wir gebrauchte Wahlplakate als Malgründe und ähnliches verwenden, können wir nicht nur Müll vermeiden, sondern diese auch kreativ nutzen.“* so die Künstlerin.

Also, warum nicht das nächste Wahlplakat zu einem Kunstwerk umfunktionieren und somit einen Beitrag zum Umweltschutz leisten?

■■ *Christian Richter*

Termine

Mo 16.06. // 18:30 Uhr
Spieleabend
Schinkelstraße 13, Neuruppin

Do 03.07. // 18 Uhr
Neumitgliedertreffen aus dem Bereich Wittstock-Heiligengrabe

Sa 05.07. // 14-17 Uhr
Repaircafe, Burgstraße 27, Wittstock

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Hans Schaefer, Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG